

Dienstleistungsrichtlinie
 Stellungnahme der ProDG - Fraktion Plenarsitzung 15.03.2010
 Lydia Klinkenberg

Es gilt das gesprochene Wort

Die wirtschaftliche Integration Europas hat die EU zu einem der führenden Wirtschaftsräume der Welt heranwachsen lassen.

Wie sieht es aber mit der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen aus?

Die europäische Dienstleistungsrichtlinie ist dabei ein wichtiges Reformvorhaben mit dem Ziel, bestehende bürokratische Hindernisse abzubauen.

Mit den Bestimmungen der Richtlinie soll eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und eine Stärkung des gegenseitigen Vertrauens erreicht werden. Dieses Vertrauen muss auf 2 Ebenen bestehen: unter den Mitgliedstaaten einerseits und andererseits zwischen den Dienstleistungserbringern und Verbrauchern aus den EU-Ländern.

Die Mitgliedstaaten werden in der Dienstleistungsrichtlinie aufgefordert, Maßnahmen einzuführen, wie zum Beispiel einheitliche Ansprechpartner für Dienstleister und Verwaltungszusammenarbeit.

Mit dieser Richtlinie sollen Dienstleister ihre Arbeit also ohne Barrieren überall in der EU anbieten können - mit einem zentralen Ansprechpartner zur Aufnahme und Ausübung ihrer Dienstleistung. So kann zukünftig beispielsweise eine deutsche Firma, die sich bei uns niederlassen möchte, sich an diesen einen zentralen Ansprechpartner wenden. Der kümmert sich wiederum um alle Fragen, nimmt die erforderlichen Dokumente entgegen und leitet die Genehmigungen an die deutsche Firma weiter. Außerdem wird die elektronische Abwicklung von Formalitäten durch die Richtlinie ermöglicht. Für den ausländischen Dienstleister werden die Prozeduren also wesentlich vereinfacht.

Gleichzeitig werden die Rechte von Verbrauchern verbessert und konkrete Maßnahmen festgelegt, um eine Qualitätspolitik auf dem Gebiet der Dienstleistungen in ganz Europa zu entwickeln.

Was also bedeutet die Umsetzung der Richtlinie konkret für die Deutschsprachige Gemeinschaft?

Nach der Ordnung des belgischen Föderalstaates hat die DG die Zuständigkeit, über die zukünftige Umsetzung der Richtlinie innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu entscheiden. Denn das ist Teil der Rechte und Pflichten eines autonomen Gliedstaates. Deshalb haben wir einen eigenen Europaparlamentarier, der unsere Interessen in Brüssel und Straßburg vertritt und die Stimme Ostbelgiens auf europäischer Ebene hörbar machen soll.

Das weitere Zusammenwachsen des europäischen Dienstleistungsmarktes ist vor allem für unsere grenznahe Deutschsprachige Gemeinschaft von großem wirtschaftlichem Interesse.

Die ProDG-Fraktion sieht in den grenzüberschreitenden Kooperationen in Europa eine Chance. Auf dieser Ebene kann gerade die DG eine wichtige Brückenfunktion und Vorreiterrolle spielen.

Wir sind davon überzeugt, dass angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise und der geplanten Massenentlassungen bei Carrefour und Aspel, die Dienstleistungsrichtlinie der Wirtschaft - durch die europäische Harmonisierung - neue Impulse verleihen wird.

Selbstverständlich wird die ProDG-Fraktion diesem Dekretentwurf zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!